

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Firma „Schubert Internet Marketing“ für das Webhosting und SMS-Dienste

§ 1 Vertragsschluss

Für Verträge mit Schubert Internet Marketing (im Folgenden: Anbieter) gelten ausschließlich diese Geschäftsbedingungen. Ist der Kunde Unternehmer, wird abweichenden Regelungen in dessen AGB ausdrücklich widersprochen.

Angebote des Anbieters in Prospekten, Anzeigen usw. sind - auch bezüglich der Preisangaben - freibleibend und unverbindlich, sofern nicht ausdrücklich eine verbindliche Zusicherung erfolgt.

Der Anbieter recherchiert und kalkuliert für seine Arbeit sorgfältig, was unter Umständen einige Zeit in Anspruch nimmt. Der Kunde ist daher vierzehn Tage an seinen Auftrag gebunden. Sollte der Anbieter nicht binnen zehn Tagen nach Auftragseingang die Annahme ablehnen, so gilt seine Bestätigung als erteilt.

Mündliche Nebenabreden sind unwirksam. Änderungen der Bedingungen, einschließlich dieser Schriftformklausel, bedürfen der Schriftform.

§ 2 Leistungsumfang

Der Anbieter bietet folgende Leistungen an: Bereitstellung von Speicherplatz auf von ihm betriebenen Webservern zur Ablage von Websites oder anderen Informationen, insbesondere Webhosting, wie z.B. Anmeldung von Domains, Betreuung von Servern, Bereitstellung von Hosting inkl. Webspace bereit stellen, Betreuung und Einrichtung von Emailadressen. SMS-Dienstleistungen, wie z.B. Erstellung und Versenden von Klingeltönen und Handyhintergrundbilder im Auftrag des Kunden, Programmierung und Bereitstellung von Scripten zur Versendung von SMS-Nachrichten, SMS-Klingeltöne per Wap-Push, MP3's per Wap-Push, polyphone Klingeltöne per SMS und Wap-Push sowie Handyhintergründe und Handybilder per Wap-Push.

Der Anbieter erbringt seine Leistungen nach den Wünschen und Angaben des Kunden. Änderungs- und Erweiterungswünsche muss der Anbieter nur berücksichtigen, wenn sie aus technischen Gründen erforderlich sind, um den Vertragszweck zu erreichen.

Bei einer wesentlichen Änderung der vertraglichen Pflichten des Anbieters zum Zweck der Anpassung an die Belange des Kunden kann der Anbieter dem Kunden den erforderlichen Mehraufwand in Rechnung stellen. Dies gilt auch für eine umfangreiche Prüfung, ob und zu welchen Bedingungen die Änderung oder Erweiterung durchführbar ist, soweit der Anbieter schriftlich darauf hingewiesen hat.

Gegenüber Unternehmern ist der Anbieter zu Teillieferungen berechtigt, sofern dies dem Kunden zumutbar ist.

Der Kunde wird darauf hingewiesen, dass mit dem Betreiben einer Website rechtliche Pflichten einhergehen, deren Nichtbeachtung zivil- und strafrechtliche Folgen nach sich ziehen kann. Es handelt sich dabei insbesondere um:

1. die Impressumspflicht (Anbieterkennzeichnung) nach § 5 TMG;
2. Informationspflichten nach § 312c BGB (Fernabsatzverträge);
3. Informationspflichten nach § 312e BGB (Elektronischer Geschäftsverkehr);
4. Prüfpflichten bei Linksetzung;
5. Prüfpflichten für die Inhalte von Forumdiskussionen, Blogs und Chaträumen;
6. Pflicht zur Beachtung medienrechtlicher Vorschriften;
7. Pflicht zur Wahrung der Urheber- und Markenrechte Dritter (siehe dazu auch Nutzungsrechte).

Für die Einhaltung dieser Pflichten ist alleine der Kunde verantwortlich. Sollte dem Anbieter ein Schaden erwachsen, weil der Kunde die vorstehenden Pflichten verletzt, so ist er berechtigt, Schadensersatzansprüche geltend zu machen.

Sofern SMS-Dienste in Anspruch genommen werden, erkennt der Kunde an, dass der Anbieter diesen Service nicht zu jeder Zeit vorhalten kann. Insbesondere aufgrund technischer Schwierigkeiten, auf die der Anbieter keinen Einfluss hat, kann es zu Übertragungsproblemen gelangen, aus denen der Kunde keine Ansprüche gegen den Anbieter herleiten kann.

Der Anbieter behält sich grundsätzlich vor, sein Angebot für die von diesen AGB betroffenen Leistungen, insbesondere sofern technische Gegebenheiten dies erfordern, zu ändern.

§ 3 Domainregistrierung

Der Anbieter sorgt dafür, dass – sofern möglich und rechtlich zulässig – die vom Kunden gewünschte Domain bei der jeweils zuständigen Stelle/Behörde angemeldet wird. Da der Anbieter auf die Domainvergabe keinen Einfluss hat, kann keine Gewähr dafür übernommen werden, dass die für den Kunden beantragten Domains tatsächlich zugeteilt werden und/oder frei von Rechten Dritter sind oder auf Dauer Bestand haben.

Der Kunde sichert zu, dass die von ihm beantragte Domain keine Rechte Dritter verletzt (vgl. hierzu auch § 9). Wird der Anbieter aufgrund der unzulässigen Verwendung einer Domain durch den Kunden mit Ansprüchen Dritter konfrontiert, so stellt der Kunde den Anbieter hiervon in vollem Umfange einschließlich der Kosten der Rechtsverfolgung bzw. -verteidigung frei.

Soweit dies in der Natur der jeweiligen Natur liegt, wird der Kunde seine Rechte ohne Einbindung des Anbieters selbst wahrnehmen. Der Kunde erkennt des Weiteren an und verzichtet auf die Geltendmachung jeglicher Ansprüche hieraus, wenn der Anbieter aufgrund Urteils- bzw. Schiedsspruches verpflichtet wird, die fragliche Domain zu löschen oder an einen Dritten zu übertragen. Dem Kunden steht es frei, auch in einem solchen Fall nach Kenntnis dieser Entscheidung zulässige rechtliche Schritte einzuleiten.

Der Kunde ist verpflichtet, den Anbieter unverzüglich zu informieren, sofern er von dritter Seite zur Aufgabe seiner Domain aufgefordert wird. Der Anbieter ist in diesem Falle berechtigt, im Namen des Kunden auf die Domain zu verzichten. Der Kunde kann dies vermeiden, in dem er unverzüglich für zu erwartenden Kosten der Rechtsverfolgung bzw. -verteidigung Sicherheit in ausreichender Höhe (mind. 10.000 EUR) stellt.

§ 4 Sonderregelungen für SMS-Dienste

Der Anbieter übermittelt dem Kunden nach erfolgter Anmeldung ein Passwort, das fortan als Identifikation dient. Zusätzliche Legitimationsprüfungen erfolgen nicht. Der Kunde akzeptiert somit, dass alle in der Folge unter diesem Passwort durchgeführten Aktivitäten ihm zugerechnet werden. Es steht ihm frei, den Nachweis zu führen, dass trotz ordnungsgemäßer Legitimationsprüfung einzelne Aktivitäten nicht ihm zuzurechnen sind.

Der Anbieter weist den Kunden ausdrücklich darauf hin, dass es diesem obliegt, dass Passwort sorgfältig zu nutzen und zu verwahren, insbesondere auch die unbefugte Nutzung durch Dritte nach Kräften auszuschließen. Der Anbieter empfiehlt, bei längerer Abwesenheit bzw., wenn Anzeichen für Missbrauch vorliegen, dass Passwort unverzüglich zu ändern bzw. durch den Anbieter sperren zu lassen.

Für den Inhalt seiner Meldungen und die weitere Verwendung derselben ist alleine der Kunde verantwortlich. Dies gilt auch, wenn Dritte für ihn Meldungen übermitteln oder bearbeiten. Jegliche Verletzung geltenden Rechts durch diese Meldungen oder deren Verwendung (z. B. wegen pornografischer, wettbewerbswidriger oder diskriminierender Inhalte) geht einzig zu Lasten des Kunden. Dies gilt auch, wenn der Kunde – obwohl Empfänger ausdrücklich erklärt haben, keine SMS oder Werbeanrufe erhalten zu wollen – Meldungen an Dritte absetzt.

Soweit Dritte Ansprüche wegen Rechtsverletzungen in vorgenanntem Sinne erheben und diese formell gegen den Anbieter geltend gemacht werden können, so stellt der Kunde den Anbieter von jeglicher Haftung frei. Dies betrifft auch Kosten, die im Rahmen einer Rechtsverfolgung bzw. -verteidigung in der derartigen Fällen entstehen.

§ 5 Preise und Zahlung

Es gelten die Listenpreise zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses. Festpreise gelten nur dann, wenn die Preisabsprache im Einzelfall z. B. aufgrund eines Angebotes weder eine Preiserhöhungsmöglichkeit noch eine zeitliche Begrenzung der Festpreisabrede enthält. Liegen zwischen Vertragsschluss und vereinbartem und/oder tatsächlichem Liefer- oder Leistungstermin mehr als vier Monate, so gelten die zur Zeit der Lieferung oder Bereitstellung gültigen Preise. Übersteigen letztere die ursprünglich vereinbarten um mehr als 10 %, so kann der Kunde, sofern er Verbraucher ist, vom Vertrag zurücktreten.

Der Anbieter ist, sofern der Vertrag auf unbestimmte Zeit geschlossen ist, berechtigt, die Preise zu erhöhen. Eine Preiserhöhung wird rechtzeitig schriftlich angekündigt und wird wirksam, wenn der Kunde ihr nicht binnen sechs Wochen ab Zugang der Mitteilung widerspricht, sofern der Kunde Unternehmer ist. Im Übrigen ist der Anbieter berechtigt, den Vertrag mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende zu kündigen, wenn der Kunde der Preiserhöhung widerspricht bzw., sofern er Verbraucher ist, sie nicht ausdrücklich akzeptiert.

Die Preise schließen die jeweils gültige gesetzliche Umsatzsteuer mit ein (im Verhältnis zu Unternehmern nur dann, wenn die Umsatzsteuer ausdrücklich ausgewiesen ist, sonst gelten hier Nettopreise!).

Zusatzleistungen, die nicht in der Preisliste oder dem Angebot enthalten sind, sind gesondert zu vergüten. Dies gilt insbesondere für Mehraufwand infolge

1. des Vorlegens von Daten in nicht digitalisierter Form,
2. von notwendiger und zumutbarer Inanspruchnahme von Leistungen Dritter,
3. von Aufwand für Lizenzmanagement,
4. in Auftrag gegebener Test-, Recherchedienstleistungen und rechtlichen Prüfungen sowie
5. außerhalb der Geschäftszeiten erbrachter Dienstleistungen.

Befindet sich der Kunde mit der Zahlung im Verzug, so schuldet er Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten (bei Unternehmern: acht Prozentpunkten) über dem jeweiligen Basiszinssatz. Ist der Kunde Unternehmer, so gerät er auch ohne Mahnung in Verzug, wenn das Zahlungsziel überschritten wird.

Der Kunde wird darauf hingewiesen, dass Zahlungen zunächst auf ältere Schulden angerechnet werden. Sind bereits Kosten der Rechtsverfolgung wie Mahnkosten entstanden, so werden Zahlungen des Kunden zunächst auf diese Kosten, dann auf die Zinsen und zuletzt auf die Hauptleistung angerechnet.

Der Anbieter ist infolge des erheblichen Aufwandes und individuellen Charakters seiner Tätigkeit berechtigt, für Webdesign- oder Programmierleistungen eine Vorauszahlung in Höhe von der Hälfte des Gesamtauftragswerts zu verlangen. Dies wird dem Kunden bei Vertragsschluss ausdrücklich mitgeteilt.

§ 6 Termine, Fristen und Leistungshindernisse

Liefertermine oder -fristen, die verbindlich oder unverbindlich vereinbart werden können, bedürfen der Schriftform.

Ist für die Leistung des Anbieters die Mitwirkung des Kunden erforderlich oder vereinbart, so verlängert sich die Lieferzeit um die Zeit, die der Kunde dieser Verpflichtung nicht nachgekommen ist.

Bei Verzögerungen infolge von

1. Veränderungen der Anforderungen des Kunden,
2. unzureichenden Voraussetzungen in der Anwendungsumgebung (Hardware- oder Softwaredefizite), soweit sie ... nicht bekannt waren oder bekannt sein mussten,
3. Problemen mit Produkten Dritter (z. B. Software anderer EDV-Hersteller),

verlängert sich der Liefer- oder Leistungstermin entsprechend.

Soweit der Anbieter seine vertraglichen Leistungen infolge Arbeitskampf, höherer Gewalt oder anderer für ihn unabwendbarer Umstände nicht oder nicht fristgerecht erbringen kann, treten für ihn keine nachteiligen Rechtsfolgen ein.

Werden von dem Kunden Änderungen oder Ergänzungen beauftragt, die nicht nur geringfügigen Umfang haben, so verlieren Termine und Fristen, die sich am ursprünglichen Vertragsgegenstand orientieren, ihre Gültigkeit.

Gegenüber Unternehmern gilt: Das Einhalten einer Lieferfrist ist von rechtzeitiger Selbstbelieferung abhängig.

Der Anbieter kann dem Kunden eine Erreichbarkeit seiner Server von 99% gewährleisten. Berechnungsgrundlage ist jeweils das volle Kalenderjahr. Soweit Ausfallzeiten entstehen, weil technische oder anderweitige Probleme auftreten, die sich der Sphäre des Anbieters entziehen (z.B. höhere Gewalt, nachgewiesenes Verschulden Dritter o.ä.), sind diese Ausfallzeiten in die Ermittlung der 99%igen Erreichbarkeit nicht einzubeziehen. Der Anbieter kann, soweit Störungen des Netzes oder Störungen und Gefährdungen von Daten auftreten, zur Vermeidung weiterer Schäden Zugänge und Leistungen zeitweise beschränken.

Ein (teilweiser) Wegfall der Erreichbarkeit aus einem der vorstehenden Gründe zieht keine Ansprüche des Kunden gegen den Anbieter nach sich.

§ 7 Abnahme

Der Kunde wird die Leistungen des Anbieters unverzüglich abnehmen, sobald die Abnahmereife und -bereitschaft mitgeteilt wird.

Die Leistungen von des Anbieters gelten als abgenommen, wenn er die Abnahmereife und -bereitschaft unter Hinweis auf die Bedeutung des Unterbleibens der Abnahmeerklärung mitgeteilt hat

1. und der Kunde daraufhin nicht innerhalb eines Zeitraumes, der es ihm bei der geforderten sorgfältigen Prüfung erlaubt, wesentliche Fehler zu erkennen, spätestens jedoch nach 20 Werktagen, die Abnahme erklärt oder unter Angabe von in zumutbarer Weise zu detaillierenden Mängeln verweigert,
2. oder der Kunde die Website oder Teile davon ohne weitere Prüfung für Dritte zugänglich ins Netz stellt oder den Anbieter damit beauftragt, soweit die Nichtabnahme nicht auf einem erheblichen Mangel der vom Anbieter erbrachten Leistungen beruht.

Wird die Abnahmebereitschaft nicht mitgeteilt, so gilt anstelle des Zeitpunktes der Mitteilung der Zeitpunkt, zu dem der Kunde billigerweise von den Leistungen hätte Kenntnis nehmen müssen.

§ 8 Mitwirkungspflicht

Der Kunde wird notwendige Daten, vor allem einzupflegende Inhalte für die Websites zeitgerecht und in digitaler Form zur Verfügung stellen.

Soweit der Anbieter dem Kunden Entwürfe und/oder Testversionen unter Angabe einer angemessenen Frist für die Prüfung auf Richtigkeit und Vollständigkeit überlässt, gelten die Entwürfe und/oder Testversionen mit Ablauf der Frist als genehmigt, soweit der Kunde nicht nachweislich schriftlich Korrekturen verlangt.

Der Kunde ist für ausreichende Ressourcen und Informationen im Rahmen seiner Mitwirkungspflicht verantwortlich. Er wird für die Verfügbarkeit der erforderlichen Anzahl kompetenter Mitarbeiter aus fachlicher und EDV-technischer Sicht und für ausreichende Rechnerkapazitäten wie Speicher, Prozessorleistung und Leitungskapazitäten sorgen.

Wenn der Anbieter dies für erforderlich hält, stellt der Kunde eine Testumgebung (Hardware mit aktuellem Softwarestand, insbesondere das den späteren Einsatzbedingungen entsprechende Betriebssystem und die entsprechende Serversoftware) zur Verfügung.

Soweit Fehler oder Beeinträchtigungen der Funktionalität der Leistungen wie z. B. einer Website auftreten, wird der Kunde den Anbieter unverzüglich unter Angabe von Zeitpunkt und Fehlerspezifikation sowie Name und Telekommunikationsdaten (Telefon, E-Mail) des meldenden und zuständigen Mitarbeiters davon unterrichten.

Der Kunde ist für den störungsfreien Betrieb der Einrichtungen zur Fernwartung und -pflege, insbesondere stabile Datenleitungen und -schnittstellen verantwortlich.

§ 9 Nutzungsrechte

Der Anbieter räumt dem Kunden ein einfaches/ausschließliches/mit Ausnahme der Verwenderin ausschließliches und (nicht) übertragbares Nutzungsrecht ein. Erbringt der Anbieter Leistungen zur Gestaltung der Internet-Präsenz des Kunden, so ist der Nutzungszweck der Website und/oder von deren Bestandteilen auf eine Verwendung im Internet beschränkt. Dieses Recht erwirbt der Kunde mit vollständiger Zahlung der Leistungen.

Der Kunde ist auf Verlangen verpflichtet, über den Umfang der Nutzung schriftlich Auskunft zu erteilen.

Der Anbieter geht bei der Verwendung von Vorlagen des Kunden davon aus, dass diese nicht mit Rechten Dritter belastet sind oder der Kunde über das für den Auftrag erforderliche Nutzungsrecht verfügt.

Der Anbieter nimmt für die Website auch Rechte Dritter (fremdes Lizenzmaterial) in Anspruch, die dem Kunden nur - insbesondere zeitlich - eingeschränkt übertragen werden können. Die eingeschränkte Übertragung kann u. a. dazu führen, dass fremdes Lizenzmaterial nicht mehr oder zu erheblich veränderten Konditionen, auf die der Anbieter keinen Einfluss hat, zur Verfügung steht. Der Anbieter wird sich in diesem Fall nach besten Kräften bemühen, ähnliches Material zu verwenden.

Der Anbieter kann dem Kunden die Kosten für fremdes Lizenzmaterial durch das Vorlegen der Abrechnung des Lizenzgebers mit einem Service-Aufschlag von 20 % in Rechnung stellen. Ein darüber hinaus gehender Ausweis mit Rechten Dritter belasteter Bestandteile der Website erfolgt nicht.

Der Kunde darf fremdes Lizenzmaterial nur im Zusammenhang mit und im Rahmen der Website nutzen. Wird der Anbieter vom Lizenzgeber in Anspruch genommen, weil das fremde Lizenzmaterial nicht dementsprechend verwandt wurde, so ist der Kunde zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

Der Kunde ist verpflichtet, den Anbieter über jede unrechtmäßige Nutzung des Lizenzmaterials, die ihm bekannt wird, zu informieren, sowie gegen einen Verletzer der gewerblichen Schutzrechte gerichtlich vorzugehen oder den Anbieter dabei zu unterstützen.

Werden dem Kunden Verletzungen von Nutzungsrechten durch die Leistungen des Anbieters z. B. durch Abmahnungen Dritter bekannt, so wird er den Anbieter unverzüglich darüber informieren.

§ 10 Urheberrechtsvermerke und Referenznachweise

Der Kunde räumt dem Anbieter das Recht ein, sein Logo und ein Impressum in die Websites des Kunden einzubinden und diese miteinander und mit seiner Website zu verlinken. Der Kunde wird alle Schutzvermerke wie Copyright-Vermerke und andere Rechtsvorbehalte unverändert übernehmen. Dies gilt insbesondere auch für die im Programmcode angebrachten Hinweise auf den Urheber.

Der Anbieter behält sich das Recht vor, erbrachte Leistungen wie Entwürfe und Objekte, auch wenn sie auf Kundenvorlagen beruhen, zu Präsentationszwecken zu verwenden, insbesondere die Website des Kunden in eine Referenzliste zu Werbezwecken aufzunehmen und entsprechende Links zu setzen.

§ 11 Gewährleistung

Mangelhafte Lieferungen oder Leistungen werden von vom Anbieter innerhalb der Gewährleistungsfrist von 24 Monaten (bei Unternehmern als Kunden: 12 Monaten), die mit dem Datum der Lieferung oder Abnahme beginnt, nach entsprechender Mitteilung des Kunden ausgebessert oder ausgetauscht. Er behebt die Mängel kostenfrei oder stellt dem Kunden kostenlos einen korrigierten Releasestand (geänderte Version, die den gerügten Mangel nicht mehr enthält) zur Verfügung. Darüber hinaus gehende Aufwendungen werden nach Aufwand abgerechnet.

Der Kunde wird die Fehlerbehebungsmaßnahmen unverzüglich umsetzen (z. B. neue Releasestände installieren) und dabei die Unterrichtungspflichten (§ 6 Abs. 4) beachten.

Unter ungünstigen Umständen können mehrfache Nachbesserungen erforderlich sein. Als Mängel gelten Abweichungen der erstellten Websiteelemente von der vereinbarten

Gestaltung und Funktionsweise, soweit diese Abweichungen die Eignung zur vereinbarten Verwendung beeinträchtigen.

Schlägt die Nacherfüllung nach angemessener Fristsetzung zur Leistung fehl, so kann der Kunde das Rückgängigmachen des Vertrags oder das Herabsetzen des Kaufpreises verlangen.

Offensichtliche Mängel, die einem durchschnittlichen Kunden ohne weiteres auffallen, muss der Kunde dem Anbieter spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Lieferung schriftlich mitteilen. Anderenfalls können Ansprüche aus diesen Mängeln nicht geltend gemacht werden. Die Mängel, insbesondere die aufgetretenen Fehlermeldungen sind nach Kräften detailliert wiederzugeben (z. B. durch Fehlerprotokolle).

§ 12 Haftung

Für Rechtsmängel und Garantien haftet der Anbieter unbeschränkt. Die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz bleibt unberührt.

Für vorsätzliche oder grob fahrlässige Pflichtverletzungen, auch seiner gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen haftet der Anbieter.

Für leichte Fahrlässigkeit haften der Anbieter und seine Erfüllungsgehilfen begrenzt auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden.

Die Haftung für Datenverlust ist durch den typischen Wiederherstellungsaufwand begrenzt. Dieser bemisst sich nach dem Schaden, der bei der Vornahme zumutbarer Sicherungsmaßnahmen (wie z. B. Anfertigung von Sicherungskopien) eingetreten wäre.

§ 13 Pflicht des Kunden zur Datensicherung

Der Kunde ist verpflichtet, sich vor Datenverlust angemessen zu schützen. Da die Neuinstallation von Software, aber auch die Veränderung der installierten Software das Risiko eines Datenverlustes mit sich bringt, ist der Kunde insbesondere verpflichtet, vor Neuinstallation oder Veränderung der installierten Software durch eine umfassende Datensicherung Vorsorge gegen Datenverlust zu treffen.

§ 14 Datenschutz und Geheimhaltung

Der Anbieter speichert die im Rahmen der Vertragsanbahnung und -abwicklung benötigten Daten des Kunden (z. B. Adresse und Bankverbindung).

Durch die Verbindung eines Netzwerks mit dem Internet entsteht die Möglichkeit der missbräuchlichen Verwendung von Daten. Insbesondere sensible Daten muss der Kunde daher durch eigene Sicherungsmaßnahmen vor unberechtigtem Zugriff schützen.

Beide Vertragspartner werden vertraulich gekennzeichnete Informationen, die ihnen im Rahmen des Vertrags bekannt werden, vertraulich behandeln. Software betreffende Unterlagen wie Dokumentationen und vor allem der Source-Code sind vor unberechtigtem Zugriff zu schützen.

Der Anbieter weist darauf hin, dass es nach dem derzeitigen Stand der Technik nicht möglich ist, Vervielfältigungen von Werken insbesondere von Grafiken oder anderen optischen oder akustischen Gestaltungsmitteln, die online gestellt werden, zu verhindern.

§ 15 Kündigung

Die Vertragslaufzeit beträgt zwei Jahre. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Ende der Erstlaufzeit bzw. der jeweiligen Verlängerungsperiode schriftlich gekündigt wird.

Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Insbesondere bei einem Verstoß gegen § 7 - Nutzungsrechte - und wenn der Kunde mit der Zahlung der Vergütung um mehr als einen Monat in Verzug ist, kann der Anbieter fristlos kündigen.

§ 16 Mitteilungen

Soweit sich die Vertragspartner per elektronischer Post (E-Mail) und damit per Textform verständigen, erkennen sie die unbeschränkte Wirksamkeit der auf diesem Wege übermittelten Willenserklärungen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen an.

Die E-Mail muss den Namen und die E-Mail-Adresse des Absenders, den Zeitpunkt der Absendung (Datum und Uhrzeit) sowie eine Wiedergabe des Namens des Absenders als Abschluss der Nachricht enthalten.

Für unverschlüsselt im Internet übermittelte Daten ist eine Vertraulichkeit nicht gewährleistet. Jeder Vertragspartner stellt auf Wunsch des anderen ein abgestimmtes Verschlüsselungssystem wie beispielsweise PGP auf seiner Seite zur Verfügung.

Eine im Rahmen der vorstehenden Bestimmungen zugegangene E-Mail gilt vorbehaltlich eines Gegenbeweises als vom anderen Partner stammend.

§ 17 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

Die Vertragspartner vereinbaren hinsichtlich sämtlicher Rechtsbeziehungen aus diesem Vertragsverhältnis die Anwendung deutschen Rechts. Auch im grenzüberschreitenden Verkehr gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

Erfüllungsort für alle Verträge auf Grundlage dieser AGB ist Osterhofen.

Im Verhältnis zu Kaufleuten ist Deggendorf Gerichtsstand. Dem Anbieter steht es frei, den Kunden auch an dessen allgemeinem Gerichtsstand in Anspruch zu nehmen.

§ 18 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen nichtig sein oder werden, so bleiben die anderen Bedingungen im Übrigen wirksam. Die Vertragspartner werden die nichtige Bestimmung durch eine solche wirksame ersetzen, die dem Willen der Vertragspartner wirtschaftlich am nächsten kommt.